

Bezirkshaushalt 08/09 2  
Ohne Mitwirkung der Bürger

R'dorf gegen Rechts 3  
Sascha Braun, SPD im Interview

## Volksbegehren ohne Wert

### Wenn Lobbyisten die Bürger für dumm verkaufen (wollen)...

Am 15. Oktober 2007 startet die Unterschriftensammlung des Volksbegehrens „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“. Abzusehen ist, dass zum Zeitpunkt der Schließung des Flughafens Tegel, bei zeitgleicher Eröffnung des Großflughafens Berlin-Brandenburg-International (BBI), von interessierten Lobbygruppen vergleichbare Diskussionen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.

WiR interviewte den Sprecher der Bürgerinitiative (BI) zur Nachnutzung des Tempelhofer Flughafengeländes Thomas „Tom“ Maier.

**Herr Maier, wer steht hinter dem Bürgerbegehren und haben Sie Verständnis für Bürger, die dieses unterschreiben werden?**

In erster Linie sind die Betreiber von Fluggesellschaften, Hobbyflieger und Wirtschaftsinteressen zu nennen. Seit Monaten wird ein Medienspektakel inszeniert, das vorgaukelt ein Weiterbetrieb von Tempelhof wäre im allgemeinen Interesse. Ich bestreite dies. Gleichzeitig verstehe ich, dass die Wahrnehmung der Bürger unterschiedlich ist. Während Tempelhof zumindest ein paar Gebäude des Flughafens hat, so besitzt Neukölln überhaupt nichts Positives des Flughafens. Gleichzeitig verschweigt die CDU hartnäckig, dass die Planung des BBI in ihrer Regierungszeit stattfand und die Unterschriftensammlung von privaten Unternehmen finanziert werden soll - das ist kennzeichnend. Die Bürger werden wieder mal für dumm verkauft. Hier ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Tempelhof ist unrentabel, der Flugbetrieb belastet die Umwelt, der Lärm macht krank, Abstürze kann man nicht ausschließen und niemand braucht den Flughafen.

**Hätte ein erfolgreiches Bürgerbegehren Konsequenzen für den geplanten BBI?**

Nur insofern, dass es geeignet wäre, das Thema am Kochen zu halten. Natürlich soll auch rot-rotes Re-

gierungshandeln torpediert werden. Rechtlich steht fest, dass der Bau von BBI laut Landesentwicklungsplan die Schließung von Tempelhof und Tegel zur Voraussetzung hat. Dies ist gerichtlich bestätigt; BBI wird also kommen. Das wissen ja auch die Initiatoren des Volksbegehrens. Das Ergebnis hat nur populistische Relevanz, keinen wirklichen Wert. Ich sage dazu immer: wir können auch ein Volksbegehren starten, in dem wir fordern, dass der Mond grün angemalt werden soll.

**Ist die heftige Diskussion auch für die Schließung von Tegel relevant?**

Aber ja, obwohl sicherlich andere Schwerpunkte in den Argumenten gewählt werden. Die Reinickendorfer Bürgermeisterin, Frau Wanjura, übt ja heute schon, zum Beispiel mit der „Idee“ eines Regierungsflughafens. Da wird sicher noch mehr kommen. Letztlich sind meist die Wirtschaftsinteressen ausschlaggebend.

**Welche Alternativen zur Nachnutzung des Flughafengeländes Tempelhof schlägt die BI vor und könnte auch Reinickendorf davon lernen?**

Unsere BI hat inzwischen teils sehr konkrete Ideen entwickelt, die auch auf unserer Homepage nachzuvollziehen sind. Im Vordergrund und als Maßstab stehen Aspekte des ökologischen und kulturellen Nutzens, die aber nicht nur den BürgerInnen der direkt angrenzenden Bezirken dienen sollten. Ausschlaggebend ist die frühest mögliche, politisch geförderte, Einbeziehung bürgerschaft-

licher Kompetenz. Ideenwettbewerbe, die nicht nur ökonomische Prioritäten setzen, sind geeignet, unterschiedliche Interessen zu formulieren und ggf. auszugleichen. Auch Reinickendorf wäre gut beraten, alle Betroffenen früh anzusprechen und verantwortlich mit einzubeziehen.

Mehr Infos unter:  
[www.flughafen-nutzung.de](http://www.flughafen-nutzung.de)

Die Fragen stellte Jürgen Schimrock



# Mitsprache der Bürger offenbar nicht erwünscht

## Kommentar zum neuen Bezirkshaushalt

Die BVV hat in einer Sonder-sitzung am 19. September 2007 den Bezirkshaushalt für 2008/2009 in Höhe von 381 Mill. Euro bei Enthaltung der Grauen einstimmig beschlossen. Bezirksbürgermeisterin Wanjura und die Vorsitzenden der Fraktionen unseres Bezirksparlamentes lobten in Grundsatz-erklärungen ihre eigene „konstruktive, turbulente, amüsante, kreative“ Arbeit in den Haushaltsberatungen. Beklagt wurden die kaum nachzuvollziehende Finanzpolitik, die „Taschenspielertricks“ des Finanzsenators (Wanjura), die „politische Willkür“ des Senats, der Reinickendorf mit Füßen trete (CDU). Man habe alles herausgequetscht und so einen vernünftigen Haushalt mit klaren Prioritäten - von CDU und SPD unterschiedlich definiert - zustande gebracht. Mit stolzs-geschwelter Brust applaudierten die CDU-Bezirksverordneten stehend mehrere Minuten lang ihrer Bürgermeisterin für deren „bürgernahe Politik“. Peinlich. Unmittelbar zuvor hatte die CDU-Politikerin darlegen müssen, dass keine Reinickendorferin, kein Reinickendorfer ihr bzw. sein gesetzliches Recht wahrgenommen habe,

Vorschläge zum Bezirkshaushalt zu unterbreiten. Als Besucher der BVV-Sitzungen erinnere ich mich natürlich, dass der Bezirksvorsitzende der Reinickendorfer LINKEN, Yusuf Dogan, in der Einwohnerfragestunde der BVV am 13. Juni wissen wollte:

„Welche Schlussfolgerungen hat das Bezirksamt aus der geringen Reaktion der Bürgerinnen und Bürger bei der Beschlussfassung über den Investitionsplan 2007/2011 gezogen, um tatsächlich eine Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008/09 im Bezirk leisten?“

Die Antwort der Bürgermeisterin im Juni war klar: das CDU-dominierte Bezirksamt hatte keine Konsequenzen gezogen. Ein tatsächlicher Bürgerhaushalt wie in Lichtenberg gehört nicht zu den erstrebenswerten Zielen von Frau Wanjura.

Das Ergebnis: Die Geschichte wiederholte sich. Offenbar wollte man im Bezirksamt keine Bürgermitsprache. Keine Fraktion hielt es für notwendig, auf den Fakt einzugehen. Man war auch so mit sich zufrieden.

Demokratie ohne Bürger gerät zur Farce.

**Dr. Klaus Gloede**  
Stellvertretender Bezirksvorsitzender

## Chance vertan!

Frohnau, 25. September. Marion Platta, umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, lässt sich von Hans-Ernst Kreuzler, Vertreter der BI „Regenwasserrückhaltebecken Edelhofdamm“, die Baustelle der Berliner Wasserbetriebe (BWB) und Beispiele für Alternativaßnahmen der BI zeigen. Es bietet sich ein trauriger Anblick: 60 Bäume eines Gartenbaudenkmal sind gerodet, die Stümpfe werden gerade von Baggern ausgegraben, um Platz für ein neues Versickerungsbecken zu schaffen, welches die BWB im Auftrag des Reinickendorfer Bezirksamtes bauen. Das alte Becken war im Laufe der Jahre zu klein geworden, was bei starkem Regen zu Überschwemmungen führt. Außerdem wird für 1–1,5 Mill. Euro eine Regenwasserkanalisation gebaut. Ein von der BI in Auftrag gegebenes

unabhängiges Gutachten kommt zu dem Schluss, dass so schwerwiegende Eingriffe in die Natur und so hohe Kosten nicht notwendig sind. Der BI wird vorgehalten, dass ihr Vorschlag einer oberflächlich eingeleiteten Flächenversickerung „wasserrechtlich nicht genehmigungsfähig“ sei. Das klang vorher noch anders und ist andernorts auch möglich.

Schade, hier scheint eine Chance auf nachhaltige Regenwasserwirtschaft vertan zu sein und wieder einmal wurden Reinickendorfer Bürger, die sich für ihr Umfeld engagieren, verprellt. Die BI prüft nun in Verbindung mit dem BUND e.V. die Möglichkeit einer einstweiligen Anordnung. Das wiederum können die von den Fluten betroffenen Anwohner nicht verstehen. Im Raum steht, dass dies erst die erste Ausbaustufe eines weit größeren Vorhabens ist. Vielleicht ist hier noch etwas zu retten, auch Marion Platta will da ein Auge drauf haben.

**Lutz Dühr**

## BVV-Splitter

11. Sitzung, 12.09.2007

Aus den negativen Erfahrungen vorangegangener Sitzungen lernend, rief BVV-Vorsteher Pohl (CDU) den TOP 2 „**Einwohnerfragestunde**“ auf, noch bevor alle Themen aus dem Nachlass der 10. Sitzung „abgearbeitet“ waren. Vier Bürger baten um Auskünfte des Bezirksamtes (BA) und der BVV zum Trägerwechsel der Kita Werdohler Weg, zum Leerstand in der „Weißen Stadt“, zum Schutz Reinickendorfer Bürger mit Migrationshintergrund vor rassistischen Übergriffen und zur **Sanierung von Schulen durch public-private-partnership (ppp)**.

Dazu erneut befragt durch **Yusuf Dogan**, erklärte der Vorsitzende des Schulausschusses **Dr. Donosomantke** (SPD), im Grundsatz seien alle Fraktionen offen für ein ppp-Pilotprojekt; einige Fraktionen hätten mehr Fragen, andere weniger. Der Bezirk erwarte eine Finanzierung durch den Senat in Höhe von 30 Mill. Euro. Auf Nachfrage bestätigte **SPD-Fraktionsvorsitzender Braun**, dass es keine Gewissheit für eine Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses gebe, der seine Entscheidung auf den 10. Oktober 2007 vertagt habe. **Schulstadträtin K. Schultze-Berndt** (CDU) gestand ein, dass man sich auf dünnem Eis bewege. Es habe viele kritische Stimmen in den Schulkonferenzen gegeben, die in der BVV jedoch keine Rolle spielten.

Einstimmig stellte sich die BVV hinter den SPD-Antrag „**Keine Fahnen von politischen Parteien und deren Vorfeldorganisationen vor dem Rathaus Reinickendorf hissen!**“ (Drs.-Nr.: 0312/XVIII) - vgl. Seite 3.

**Mündliche Anfragen** befassten sich u.a. mit der Beteiligung des Bezirkes an Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, mit dem Kartenverkauf für die Serenade am See sowie den bezirklichen Vorbereitungen zum Volksbegehren Flughafen Tempelhof.

Zwei gesonderte **Große Anfragen** (GA) von SPD/B90/Graue/FDP (Drs.-Nr.: 0285/XVIII) und CDU (Drs.-Nr.: 0288/XVIII) gab es zu den Ursachen und Folgen des **Verlustes der Country-Messe** für den Bezirk. Stadträtin K. Schultze-Berndt versuchte erfolglos, ihr dilettantisches Vorgehen zu rechtfertigen.

**K.G.**

# Bezirksverordnete handeln gegen Rechts

## SPD-Fraktionsvorsitzender Sascha Braun im Interview

Ein vom Antifaschistischen Runden Tisch organisiertes Straßenfest „Für ein tolerantes und interkulturelles Reinickendorf“ am 8. September 2007 fand seine parlamentarische Ergänzung in einem Beschluss der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 12. September. Dr. Klaus Gloede führte dazu ein Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in der BVV, Sascha Braun.

**Die BVV Reinickendorf hat in ihrer Sitzung am 12.9.2007 auf Initiative der SPD einstimmig beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, keine Fahnen von politischen Parteien und deren Vorfeldorganisationen vor dem Rathaus Reinickendorf zu hissen. Worin besteht das Ziel dieses Beschlusses?**

Die Bezirksbürgermeisterin Frau Wanjura hat ihre Argumentation gegen das Hissen der Regenbogenfahne vor allem vordergründig darauf abgestellt, dass sie meint, sie könne bei einem Hissen der Regenbogenfahne einen Antrag z.B. der NPD auf Hissen einer NPD-Partei-Flagge aus Gründen der Gleichbehandlung nicht verbieten. Mit dem Antrag entziehen wir der Bezirksbürgermeisterin den Boden für ihr Ablenkungsmanöver, denn nun hat sie bei Anträgen von Parteien, z.B. der NPD, einen Beschluss der BVV im Rücken. Schlimm ist allerdings, dass Frau Wanjura die Regenbogenfahne in einem Atemzug mit der NPD nennt. Die Bezirksbürgermeisterin besudelt das Ansinnen der Solidarität mit Schwulen und Lesben durch ihren fatalen Gleichbehandlungsansatz von Regenbogenfahne und NPD.

## Präventiv gegen Rechts

Das Bezirksamt Reinickendorf hat sich erfolgreich um die Aufnahme in das Programm der Bundesregierung „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ beworben.

Peter Senftleben, Bezirksstadtrat für Jugend und Familie: „Auch in Reinickendorf müssen wir rechts-extreme Aktivitäten und Tendenzen ernst nehmen. Der Bundesparteitag der NPD im Fontane-Haus, zunehmende nazistische Schmierereien z. B. machen deutlich, dass wir alle gefordert sind, gegen nazistisches, rassistisches und fremdenfeindliches Gedankengut mobil zu machen. Die Möglichkeit, am Programm der Bundesregierung teilzunehmen, ist eine gute Chance, präventiv im Jugendbereich tätig zu werden.“

**In Ihrer Antwort auf eine Einwohnerfrage in der BVV haben Sie informiert, dass ein „Runder Tisch“ der BVV-Fraktionen und des Bezirksamts gemeinsam mit der mbr einen Mietvertrag für die Nutzung der bezirkseigenen Räume ausgearbeitet hat. Wie ist der Stand?**

Nach dem NPD-Parteitag im Fontane-Haus habe ich gefordert, dass wir uns in Zukunft auf Aktivitäten der NPD besser einzustellen haben. Mein Ziel ist, dass wir einen Mietvertrag erarbeiten, der unsere Räume für die NPD so unattraktiv wie möglich macht. Wir wollen, dass sich alle Mieter verpflichten, in Räumen des Bezirkes kein rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten. Wir wollen, dass der Mieter alle zum Verkauf angebotenen Bücher, CDs und sonstigen Schriften vorher dem Bezirksamt zur Prüfung vorlegt. Es ist nicht hinzunehmen, dass in unseren Räumen Hetzschriften angeboten werden, ohne dass wir etwas dagegen unternehmen können. Der Mietvertrag hat gute Chancen, alle Parteien ziehen hier an einem Strang. Zur Zeit wird er vom Rechtsamt überarbeitet, er wird ein klares Signal gegen Rechts sein!

## Yusuf Dogan: Vernünftiger Schritt

„Die Reinickendorfer LINKE – so ihr Bezirksvorsitzender – begrüßt den Beschluss der BVV. Jeder vernünftige politische Schritt, der der rechtsextremistischen NPD den Weg versperrt, sich verstärkt in öffentlichen Räumen unseres Bezirkes zu präsentieren, findet unsere Zustimmung.“



Die Vorsitzenden der Reinickendorfer LINKEN und SPD, Yusuf Dogan und Peter Senftleben, beim Straßenfest am 8. September 2007, Foto Lutz Dühr

## Rechts gehört in die Tonne, weil...

- ... menschenverachtende Ideologie;
- ... Gewaltbereitschaft, gepaart mit Dummheit;
- ... absolutes Verdrehen der Geschichte;
- ... sich alle freibewegen können sollen;
- ... konservativ, verallgemeinernd, dumm, intolerant;
- ... sie für Menschenverachtung stehen;
- ... den Hass schüren;
- ... wir den Faschisten keinen Fußbreit geben dürfen,
- ... behinderten-, ausländischer- und judenfeindlich;
- ... sie Menschenrechte mit „Füßen treten“.

Meinungen zu „Rechts“ von Teilnehmern beim Straßenfest am 8. September 2007 (Auszüge)

**„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“**

(VVN/BdA)

mbr -  
Mobile Beratung  
gegen Rechtsextremismus in Berlin,  
[www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)

Landesprogramm  
gegen Rechts-  
extremismus,  
Fremdenfeind-  
lichkeit und  
Antisemitismus  
[www.berlin.de/  
lb/intmig/  
themen/rexpro](http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/rexpro)

DIE LINKE. Berlin,  
LAG Rechtsextremismus, Kontakt:  
[julia.wiedemann@die-linke-berlin.de](mailto:julia.wiedemann@die-linke-berlin.de)



## Warum DIE LINKE?

Eine gute Frage, die man berechnigt stellt, wenn jemand neu in die Partei eintritt.

Gründe gibt es sicherlich viele. Ausschlaggebend sind für mich die Aussagen, die eine Partei in ihren Grundsätzen vertritt. Die Stellungnahme zu politischen, sozialen und allgemeinen Fragen werden in der LINKEN meiner Meinung nach nachhaltig in einer bestimmten Richtung diskutiert und vertreten.

Missstände nur aufzuzeigen, das allein genügt



nicht. Sie müssen beseitigt werden, zum Wohle unserer Gesellschaft, in der wir leben.

Es ist für mich aufschlussreich, in der politischen Literatur nachlesen zu können, welche Themen derzeit aktuell und somit vorrangig sind - worauf läuft es hinaus? Wir müssen handlungsfähig bleiben. Darum geht es - und darum meine Mitgliedschaft in der neuen LINKEN.

**Manfred Wehr, 81 Jahre, Rentner**

Foto: Marion Lubina

## Am Rande Bitte keine Krawalle im Norden

Die CDU beglückte unlängst die Bezirksverordnetenversammlung mit einer Großen Anfrage, für die man ihr nicht genug danken kann: Welche Ziele denn das Bezirksamt bei der Leseförderung verfolge? Nun kann man wirklich das Lob des Lesens nicht hoch genug singen und die Verführung zum Lesen nicht oft genug betreiben. Das weiß man längst: Lesen fördert unvergleichlich Einfühlung, Formgebung und Sinnfindung. Eine herrliche Steilvorlage also, um bei Schulen und Bibliotheken nachzufragen, wie es beim Nachwuchs um die Leseleidenschaft bestellt ist, wo sich Schwerpunkte befinden und was an Verführung sich bewährt hat.

Die CDU wollte es noch viel grundsätzlicher. Frau Sollfrank, stellvertr. CDU-Fraktionsvorsitzende, unterbreitete den Bezirksverordneten erst einmal die Mitteilung, dass fünf Prozent der Erwachsenenbevölkerung Analphabeten seien; auf die 55-köpfige BVV umgerechnet seien das schon drei Treffer. Dann nannte sie die Folgen: soziale Probleme, Anfälligkeit für Demagogie, Krawalle.

Ganz und gar grundsätzlich nach soviel Kanonendonner: Die CDU will eine weitere fahrbare Bibliothek - die allerdings die Grundschulen im wohlhabenden Norden des Bezirkes bedient, also dort, wo immer sehr ordentlich CDU gewählt wird. Die kostet mit Erstausrüstung runde 200 000 Euro - richtig wählen muss sich doch lohnen. Und wo kämen wir denn hin, wenn auch im gutbürgerlichen Norden soziale Probleme, Demagogie und Krawalle einzögen?

Die drei Analphabeten in der BVV werden ganz nackt und bloß dastehen, sollten sie sich erfreuen, vielleicht andere Schwerpunkte bei der Leseförderung zu sehen.

Das walte die CDU.

Jochen Eser

## Reinickendorfer LINKE in Aktion



15. September 2007, Demo „Bundeswehr raus aus Afghanistan“



22. September 2007, Pressefest der „Halo noviny“ in Prag

Fotos: Klaus Gloede, Lutz Dühr

## Neuer Bezirksvorstand

Am 29. September 2007 wählte die 1. Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf ihren ersten Bezirksvorstand.

Bezirksvorsitzender ist der 25-jährige Jurastudent aus Tegel Yusuf Dogan, der dieses Amt auch schon

in der Linkspartei.PDS innehatte. Er erhielt alle 26 Stimmen der anwesenden Mitglieder.

Als weitere Mitglieder des Vorstands wurden gewählt: Dr. Klaus Gloede, Robert Irmischer, Marion Lubina, Jan Mikoleit, Michael Rohr und Jürgen Schimrock, die auch alle bereits dem letzten Vorstand der Linkspartei.PDS vom Januar 2007 angehörten.

**Impressum**  
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE. Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

**Spenden**  
sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE. Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:  
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr  
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:  
redaktion@die-linke-reinickendorf.de

## Termine

**Was wurde aus den Hoffnungen der Oktoberrevolution - hat der Sozialismus noch eine Perspektive?**  
Tegeler Dialoge zur Demokratie von Helle Panke im Roten Laden am Donnerstag, 25. Oktober, 19 Uhr; **Prof. Harald Neubert** stellt sein neues Buch vor ; Moderation: Dr. Klaus Gloede; Eintritt: 1,50 Euro